

# Die griechische Krise: Europas Herausforderung

Dora Bakoyannis

Veranstaltung vom 24. Oktober 2011



Akademie für  
Politische Bildung  
Tutzing





# **Die griechische Krise: Europas Herausforderung**

---

Gedruckt mit Unterstützung des  
Förderkreises der Akademie für Politische Bildung e.V.

---

**Impressum**

Tutzing/München 2013

Herausgeber:  
Bayerischer Landtag  
Abteilung Parlamentarische Dienste  
Maximilianeum, 81627 München  
[www.bayern.landtag.de](http://www.bayern.landtag.de)

Akademie für Politische Bildung  
Buchensee 1, 82327 Tutzing  
[www.apb-tutzing.de](http://www.apb-tutzing.de)

**Grußwort**

Johann Böhm

Landtagspräsident a. D.

**Einführung**

Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Oberreuter

Direktor der Akademie

für Politische Bildung

**Vortrag**

Die griechische Krise:

Europas Herausforderung

Dora Bakoyannis

Außenministerin der

Republik Griechenland a. D.

**Auszüge aus der Diskussion**



**Johann Böhm**  
Landtagspräsident a. D.

## Begrüßung

Liebe Frau Präsidentin,  
verehrte Frau Bakoyannis,  
lieber Heinrich Oberreuter,  
meine sehr geehrten Damen,  
meine Herren!

Dieser Abend ist für mich sehr wichtig. Ich wäre heute gekommen, auch ohne dass ich eigens dazu hergebeten worden wäre. Dass ich ein paar Sätze sage und Ihre Zeit beanspruche, geht zurück auf eine ganz konkrete Bitte von Frau Präsidentin Stamm. Ich selbst habe es immer mit dem bekanntesten Landtagsabgeordneten, mit Josef Filser, gehalten, der mal gesagt hat: „Mir san froh, dass ma koane Redn net haltn miassn, sondern nur's Maul.“

Ich bin aber froh, heute hier zu Wort zu kommen. Heinrich Oberreuter hat großen Dank verdient. Er und ich zusammen, wir waren es, die diese Reihe der Akademiegespräche vor 15 Jahren im Landtag gestartet haben. Sie dokumentieren eine wirklich hervorragende Partnerschaft zwischen der Akademie für Politische Bildung und dem Bayerischen Landtag. Die Vortragsreihe mag anfangs noch geprägt gewesen sein von unseren beiden Persönlichkeiten. Aber sie hat sich in den Folgejahren verselbstständigt und mit der Zeit ein eigenes Leben gewonnen.

Ich bin bereits vor acht Jahren aus dem Landtag ausgeschieden. Alois Glück und Barbara Stamm haben diese Reihe mit Nachdruck fortgeführt. Sie hat sich er-

folgreich bewährt. Heinrich Oberreuter hielt die ganze Angelegenheit 15 Jahre fest in Händen. Aber seine Ägide als Direktor der Akademie für Politische Bildung geht nun zu Ende. Wie ich ihn kenne, hat er die Weichen so gestellt, dass alles so gut weiterlaufen wird wie bisher. Es geht mit Sicherheit nicht bergab, es geht bergan. An der Spitze des Landtags steht jetzt eine Frau – Frau Barbara Stamm. An der Spitze der Akademie steht auch eine Frau – Frau Professorin Münch. Wir wissen, das ewig Weibliche zieht uns hinan und dieser literarisch verbürgte Satz, der gibt die Gewähr dafür, dass wir hoffnungsvoll in die Zukunft blicken können.

Politische Bildung braucht eine breite Basis, sie braucht eine Plattform, von der aus sie wirken kann. Ich war immer der Auffassung, dass der Landtag – das Haus des Volkes – eine solche gute Plattform ist. Von hier aus lässt sich Öffentlichkeitswirkung erzielen. Wir haben immer sehr viele Gäste von auswärts; man sieht es heute Abend, die Medienpräsenz ist groß. Durch die Akademiereihe wurde vieles bewegt, es wurden Fenster geöffnet, es kam sehr viel frische Luft herein. Es begann, wenn ich mich recht erinnere, mit Professor Walter, dem Chefvolkswirt der Deutschen Bank. Auch Lech Walesa war hier, Frau Professorin Noelle-Neumann und Joachim Gauck waren da, um nur ein paar ganz wenige zu nennen.

Am Anfang gab es aus Abgeordnetenkreisen eine gewisse Skepsis: „Politische Bildung im Landtag? Was politische Bildung ist“, sagten viele Abgeordnete, „das wissen wir doch selber am besten. Wir sind doch auf der Höhe der Zeit.“ Es war vielleicht etwas gewagt, aber das Ergebnis kann sich sehen lassen. Man kann immer etwas lernen und ich habe noch aus jedem Vortrag eine ganze Menge mit hinausgenommen, das meinen Blick geweitet hat und ein Gewinn war, für den man nicht genügend danken kann.

Mein lieber Heiner, Du hast Dich nicht nur bei dieser Vortragsreihe, sondern auch sonst sehr verdient gemacht. Und dafür danke ich Dir herzlich.

**Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter**  
Direktor der Akademie für Politische  
Bildung Tutzing/Universität Passau

## Einführung

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
lieber Hans Böhm!

Wir haben heute Abend – neben den bereits genannten Damen – auch noch eine Referentin. Das Matriarchat bricht aus im Bayerischen Landtag. Franz Josef Strauß hätte sich das mit Sicherheit nicht vorstellen können, meine Damen und Herren.

Ich danke sehr für die freundlichen Bemerkungen in meine Richtung. Ich bin nicht ganz überrascht, dass hier etwas Derartiges stattfindet, aber die Richtung der Bemerkungen hat mich natürlich – das darf ich ehrlich sagen – sehr gefreut. Ich habe diese Gespräche aus den von Ihnen genannten Gründen sehr ernst genommen. Ich bin der Meinung, dass Institutionen – wie unsere Akademie – nicht wirklich wirksam sind, wenn sie nur bei sich bleiben und dass es ganz wesentlich ist, die Kompetenz, die wir versammeln, im Sinne der Rationalitätsgewinnung in der politischen Diskussion der Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Diese Rationalitätsgewinnung wird in unseren Zeiten, in unseren Tagen, eine immer dringendere Herausforderung.

Das hat übrigens auch bei unserem heutigen Thema gewisse Ankerpunkte. Wenn man über Griechenland diskutiert, über Europa, den Euro, über das Zusammenleben der Völker, über nationale Interessen, über die Notwendigkeit, gemeinsame

Lösungen zu finden und aus einem gemeinsam verursachten Dilemma durch mehr Vergemeinschaftung herauszukommen, dann kann man das alles eigentlich nur bewältigen, wenn man die üblichen Orientierungspunkte des politischen Diskurses hinter sich lässt. Mir scheint, dass auf die politischen Führungen und Eliten unserer Länder Probleme zugekommen sind, die – ich nehme jetzt einmal die beiden Weltkriege aus – in vergleichbarer Dimension bisher unbekannt waren. Mir scheint, dass wir an die Grenzen unserer Problemlösungskapazität gestoßen sind. Mir scheint, dass es klare, eindeutige, alternativlose Lösungen – je mehr die Politik von Alternativlosigkeit spricht, umso schwächer wird sie meines Erachtens intellektuell – immer weniger gibt, auch in dem Themenbereich, über den wir uns heute unterhalten. Fast alles, was vorge tragen wird, hat Gründe für sich, aber fast nichts von dem, was vorgetragen wird, ist in seinen Konsequenzen und in seinen Auswirkungen eindeutig zu interpretieren.

Wir handeln in der Politik immer mehr ins Ungewisse hinein. Die klar – zwischen den Polen – geordneten Späne gibt es immer weniger. Aber es gibt immer tiefergehende Herausforderungen, die nicht nur die Rationalität der Problemlösungen betreffen, sondern auch die Folgebereitschaft, die Legitimationsbereitschaft des Volkes und der Völker. Mir scheint, dass wir auf keinem eindeutig positiven Weg sind, gerade auch, was unseren heutigen

Themenbereich betrifft, aber auch, was die Sensibilität der Bürger für das eigene politische System betrifft, die Bereitschaft für das Gesellschaftliche, für das Soziale, die Sensibilität für die supranationalen Verflechtungen unserer politischen Systeme, für die globalen Herausforderungen.

„Unterm Strich zähl ich!“ – Was in unserer Gesellschaft zuzunehmen scheint, ist das Denken in Ich-bezogenen Opportunitäten. Auf lange Sicht wird das Konsequenzen haben für unser politisches System, für unser Parteiensystem, für die Volatilität in diesem Parteiensystem, für die Möglichkeiten, Koalitionen zu bilden. Das ist die innenpolitische Seite. Es wird aber auch erhebliche Konsequenzen haben für die Kooperation der europäischen Völker untereinander und für die Kooperation der Völker jenseits Europas. Man kann nicht von wachsender Verflechtung reden, von wachsender gegenseitiger Abhängigkeit, ohne eine Verantwortung und eine Sensibilität für diese wachsende gegenseitige Verantwortlichkeit zu entwickeln.

Das haben Sie jetzt durch Ihre freundlichen Bemerkungen an meine Adresse – für die ich herzlich danken möchte – provoziert und gleichzeitig haben Sie mir damit auch mein Gewerbe, die Einleitung zu sprechen, schon ein bisschen erleichtert. Denn der Kern der Probleme, über die wir reden, liegt da, wo ich ihn gerade versucht habe hinzuforumulieren.

In Wahrheit ist das, was uns herausfordert, ein hausgemachtes Dilemma. Es ist ein europäisches Dilemma, und es ist ein Dilemma, an dem nicht nur die Griechen Schuld tragen, sondern viele Völker in Europa. Auch unser eigenes ist davon nicht ausgenommen. Warum haben wir eine Staatsschuldenkrise? Wir haben eine Staatsschuldenkrise nicht zuletzt deshalb, weil unsere Anspruchshaltung an das Gemeinwesen überbordend geworden ist, und weil wir uns durch einen tiefen Griff in die Zukunft belastenden Schulden-titel eine Fülle von Sozialleistungen und wirtschaftlichen Wohlfahrtsleistungen ermöglicht haben. Nicht von ungefähr wird auch in Deutschland zunehmend über die Grenzen der Staatsverschuldung und eine Schuldenbremse gesprochen, sogar in einer zum Teil verfassungsrechtlich problematischen Weise, wenn ich an die Begrenzung der Haushaltshoheit der Landesparlamente denke. Bevor wir uns über Griechenland echauffieren, sollten wir zur Kenntnis nehmen, dass auch unsere eigene Staatsverschuldung nicht mehr den Maastricht-Kriterien entspricht. Auch wir sind bei 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wir haben mittlerweile eine Staats-verschuldung von zwei Billionen Euro angehäuft, es sind exakt 2.036 Milliarden Euro. Die Bundesrepublik ist kein Vorbild. Sie steht zwar besser da und sie agiert anders als andere in Europa. Aber sie war selbst beteiligt an der einen oder anderen Nachlässigkeit, die sich in den europäischen Institutionen breit gemacht hat.

Wir sollten in der Tat sehen, dass man die Europäische Union nicht leichtfertig aufs Spiel setzen darf. Griechenland hinauszudrängen, wäre eine, so glaube ich, leichtfertige Infragestellung dieser Union, auch wenn die Rettungsaktionen schmerzlich sind. Heute Abend haben wir gehört, dass ein Schuldenschnitt für Griechenland, ein „Haircut“ von 60 Prozent stattfinden soll. Das ist für europäische Dimensionen problematisch und es ist für die Griechen selbst auch höchst problematisch. Es tut weh, es tut allen Beteiligten weh, es tut den Griechen am meisten weh.

Die Schlagzeilen der letzten Tage sind Ihnen alle geläufig. Es gibt Interviews in unseren Medien, die für Griechenland selbst das Wiedererstehen des organisierten Terrorismus nicht ausschließen. Ich finde das leicht übertrieben, aber Frau Bakoyannis wird uns wahrscheinlich dazu etwas sagen. Tausende belagern das Parlament, hieß es in der letzten Zeit. Hochinteressant ist, dass die Europäer in den letzten 48 Stunden endlich die wahre Dimension der sie betreffenden Krise zur Kenntnis genommen haben. Und ich bin sehr gespannt, ob es unseren politischen Führungen gelingt, am Mittwoch in Brüssel die entscheidenden Schritte – und zwar präzise, abschließende Schritte, die wenigstens Gewissheiten mit sich bringen – zu beschließen. Wir müssen, da bin ich mir mit Frau Bakoyannis einig, dahin kommen, dass wieder eine Priorität der politischen Führung gegenüber den

Interessen der Finanz- und Bankenwelt zum Ausdruck kommt. Wenn das nicht gelingt, meine Damen und Herren, dann wird es für die Legitimation des politischen Führungspersonals, und auch für die Legitimation des politischen Systems insgesamt, äußerst problematisch. Wir können nur hoffen, dass entsprechende Lösungen auf uns zukommen.

Ich begrüße an dieser Stelle herzlich die Referentin des heutigen Abends, Frau Dora Bakoyannis. Sie hat in der letzten Zeit einige interessante Interviews und Presseberichte mitinitiiert, an denen mir zweierlei Dinge wichtig sind. Erstens, der sich selbst einschließende Hinweis, dass die politische Elite in Griechenland gesündigt hat. Meine Damen und Herren, das kommt relativ selten vor, dass jemand aus der politischen Elite sagt, es läuft zwar alles falsch, aber ich bin mit schuld. Hohen Respekt vor dieser Position! Das Zweite ist, dass Sie, liebe Frau Bakoyannis, uns einige Einblicke gegeben haben in eine Art des Parlamentarismus in Griechenland, von dem wir nicht wünschen, dass er sich bei uns wiederholt. Und wir kämpfen darum, dass er sich nicht wiederholt. Verfassungspolitisch mit das Interessanteste ist, dass wir in den letzten 24 Stunden entschieden haben, dass es bei einer Ausweitung des Rettungsschirms nicht mehr ausreicht, die Entscheidung an den Haushaltausschuss zu delegieren. Um eine entsprechende Legitimität der Politik zu gewährleisten, muss die Sache

wieder in den Bundestag zurück. Und ich meine, dass man all denen auch einmal Dank zollen sollte, die dafür gefochten haben, dass man das Parlament nicht bei Entscheidungen marginalisiert, die für das Selbstgefühl dieses Systems zentral sind. Wenn es aber die Parlamentarier aus Fraktionsdisziplin selbst nicht mehr schaffen, dann hat Karlsruhe immer noch ein Einsehen. In Griechenland aber – so hat uns Frau Bakoyannis mitgeteilt – gibt es Situationen, in denen die innerparlamentarische und die innerfraktionelle Diskussion verweigert werden; eine Situation, in der man aus seiner Partei ausgeschlossen wird, wenn man seiner freien Entscheidung folgt. Das finde ich vom Standpunkt des modernen europäischen Parlamentarismus aus gesehen ungeheuerlich. Wir haben den Griechen viel zu verdanken, aber eine derartige Art der Fraktionsführung sollten wir nicht als vorbildhaft für Europa und für Deutschland erachten.

Vieles wäre zu erwähnen, was Sie aber selber tun können und auch tun werden. Sie sind in die Politik sozusagen hineingeboren worden als Tochter eines hochpolitischen Vaters, der griechischer Ministerpräsident war, aber auch schon unter dem Nationalsozialismus gelitten hat, und auch, wie Sie selbst, unter der griechischen Militärdiktatur. Sie haben Ihre Sozialisation sehr stark in Deutschland und in Frankreich erfahren. Sie waren Kultusministerin Ihres Landes. Sie haben als Oberbürgermeisterin von

Athen dafür gesorgt, dass die Olympischen Spiele dort tatsächlich durchgeführt werden konnten. Sie waren Außenministerin und Sie haben jetzt in der verzweifelten Situation Griechenlands eine eigene Partei liberaler Natur gegründet, die hoffentlich eine Chance hat, die Rationalität in Ihrem Lande zu steigern. „Demokratische Allianz“ heißt diese Partei.

Ich finde es hervorragend, dass Sie heute Abend zu diesem hochinteressanten Thema zu uns sprechen. Und ich will natürlich nicht verschweigen, dass Ihre glänzende politische Karriere wahrscheinlich nicht zustande gekommen wäre, wenn Sie nicht Ihr erstes Semester Politikwissenschaft in München in meinem Seminar studiert hätten. Es war ein Grundseminar zur Einführung in die politischen Systeme, und wie man an Ihnen sieht, konnte man dabei offensichtlich das eine oder andere lernen. Ich freue mich, dass Sie uns heute die Chance geben, Ihnen zuzuhören. The floor is open!

## **Die griechische Krise: Europas Herausforderung**

### **Dora Bakoyannis**

Außenministerin der Republik  
Griechenland a.D.

### **Vortrag**

Meine Damen und Herren,  
Herr Professor,  
Frau Präsidentin!

Jetzt hat er es geschafft. Ich habe Lam-penfieber! Ich denke 30 Jahren zurück: Ich war eine junge Studentin. In Griechenland herrschte noch immer eine Diktatur. Ich kam nach München – mein erstes Semi-nar: Professor Oberreuter! Aus Sicht einer jungen Studentin sah das so aus: Man konnte nicht nur zuhören, sondern auch seine Meinung äußern. Und das war für uns damals irrsinnig wichtig. Herr Profes-sor, ich danke Ihnen – und anscheinend danken Ihnen außer mir viele Leute – für diese Jahre.

Meine Damen und Herren, ich habe eine Riesenrede vorbereitet, aber ich werde es kurz halten. Es ist sehr schwer heute, vor Ihnen zu stehen, als Griechin, in einer Stadt, die ich sehr liebe, eine Stadt, die mit Griechenland auch historisch sehr verbunden ist, angefangen bei Königin Irene in byzantinischer Zeit, über König Otto II., bis hin zu unseren Nationalfarben Weiß und Blau. Als ich mir eine Stadt zum Studieren aussuchen konnte, habe ich mich ganz bewusst für München entschieden. Ich konnte damals nicht in das diktatorisch regierte Griechenland zurück. Aber es ist wahr: Unser Tempera-ment ist sehr ähnlich, und deshalb glau-be ich, ist es vielleicht leichter für uns Griechen, die Botschaft nach München zu tragen.

Zum Problem Griechenland: Seit zwei Jahren hört man nichts anderes, die großen Headlines aller großen Zeitung auf dieser Welt lauten: Griechenland hat es nicht geschafft! Warum hat es Griechenland nicht geschafft? Ich werde versuchen, Ihnen so schnell wie möglich, die Situation darzustellen.

Die Gründe sind kurz gesagt: Jahrzehnte ständig steigende Verschuldung; ein allmähliches Aufblähung des Staates infolge zahlreicher kleiner Klientelbegünstigungen; die Vorliebe für kleine Personalgesellschaften, die ihrer Natur nach nicht produktiv sind; der Klientelismus und die dazugehörige Korruption.

Erlauben Sie mir aber auch die Anmerkung, dass zum kontraproduktiven Einsatz der europäischen Ressourcen, die seit dem EU-Beitritt von 1981 nach Griechenland geflossen sind, auch das Fehlen einer Funktionsaufsicht auf EU-Ebene beigeträgt hat. Das soll freilich den Blick auf die Hauptschuldigen nicht verstellen: die griechischen Regierungen, das griechische System, zu dem auch ich gehöre. Dieses System hat den Einsatz europäischer Ressourcen zu kontraproduktiven Zwecken entweder begünstigt oder mittelbar geduldet. Die Währungsunion und die Einführung des Euro haben viele dieser Fehlentwicklungen noch verstärkt. Zudem wurde einigen stärkeren Ländern beim Überschreiten der 3-Prozent-Defizitgrenze Nachsicht gewährt, und damit ein

bedeutsamer Präzedenzfall geschaffen, wenn nicht gar ein Freibrief ausgestellt zu verantwortungsloser Haushaltspolitik der kleineren Länder.

Beim Ausbruch der Finanzkrise war die EU im Grunde in der selben Lage wie die Vereinigten Staaten im Jahr 1794, das heißt, bevor die Situation die Staaten dazu zwang, sich für eine stärkere, dauernde und befestigte Föderalisierung zu entscheiden. Es gab eine schwache zentrale Staatsgewalt, selbstständige Finanzpolitiken der Einzelstaaten, eine insgesamt kritische finanzielle Situation und eine untragbare Verschuldung bei einigen Einzelstaaten. Aber die Überzeugung, dass der amerikanische Staatenbund im Ganzen für eine Bedrohung von außen, nämlich durch Großbritannien, nicht gerüstet war sowie die Gefahr des finanziellen Absturzes einiger Staaten, hat zur Stärkung der Zentralgewalt und der gemeinsamen Finanzpolitik geführt, also zu dem, was viele auch im europäischen Fall für nötig halten. Die Lage nach Einführung der Währungsunion weist traurige Parallelen auf: eine gemeinsame Währung und ein gemeinsames Währungssystem einerseits, andererseits nationale Kontrolle der Haushaltspolitik und der Bankenfinanzierung; gemeinsame Zinsen, aber keine gemeinsame Steuerpolitik; eine gemeinsame Währung, aber kein zentraler politischer und finanzieller Regelungsmechanismus. Letzteres erklärt auch, warum nicht nur kleine

und weniger finanzstarke Länder, sondern auch einige der Großen in der Lage waren, sich über die haushaltspolitischen Zielsetzungen des Maastrichter Vertrags hinwegzusetzen.

Im Ergebnis konnten sich seit etwa zehn Jahren die schwächeren Volkswirtschaften Kredite mit den gleichen Zinssätzen wie Deutschland verschaffen. Der Renditeabstand griechischer Anleihen zu deutschen Papieren zum Beispiel ist von 18 Prozent auf ein Prozent geschrumpft.

Eine Frage drängt sich auf: Warum wurde uns das Geld geliehen? Die Antwort lässt sich in zwei Teile gliedern und ist sehr einfach. Zum einen war man von den hohen Wachstumsraten Griechenlands beeindruckt, die über vier Prozent lagen, während die durchschnittliche Wachstumsrate in der übrigen Euro-Zone bei 1,5 Prozent lag. Der zweite Grund hat mit der gängigen Betrachtung der Euro-Zone als stabile Zone aller Mitglieder zu tun. Die Weltfinanzkrise beendete diese Illusion und enthüllte die Verantwortungslosigkeit nicht nur der Kreditnehmer, sondern auch vieler Kreditgeber. Wie wir jetzt alle wissen, hat sich die Krise in Griechenland auch wegen der Enthüllung zugespielt, dass das griechische Defizit viel höher lag als zunächst angegeben. Die diesbezüglichen Zahlen waren also gefälscht. Viele Griechen glauben natürlich, dass die neue Regierung Papandreu eine Vielzahl von Ausgaben noch im Haushalt 2009 und

Einnahmen im Haushalt 2010 verbuchte, aber das ist alles nicht wichtig. Die Wahrheit ist: Griechenland hatte ein Defizit, ob nun elf oder zwölf Prozent oder 14 oder 15 Prozent, ein Defizit jedenfalls, das viel zu hoch war.

Liebe Freunde, das Ansehen des Landes hat sehr gelitten. Die unglaublichen statistischen Zahlen, die massiven Schulden, die wir sogar trotz geringer Kreditaufschläge angehäuft haben, die defizitären Haushalte, die allgegenwärtige Korruption, die Bilder der Gewalt und der Auflehnung seitens einiger kleiner, aber lauter Minderheiten – all das ruft bei unseren Partnern täglich erhebliche Zweifel hervor, ob sie uns beispringen sollen. Im Hinblick auf das Einkommen und die tatsächliche Lebensqualität stand Griechenland im Vergleich zu der großen Mehrheit der anderen Länder auf dieser Welt, und auch zu vielen anderen europäischen Ländern, besser da. Das in Kaufkrafteinheiten gemessene Pro-Kopf-Einkommen lag im Jahr 2010 bei 89 Prozent des EU-Durchschnitts, mit großem Abstand zu den ärmsten Partnern wie Lettland, Rumänien und Bulgarien. Die Diskrepanz zwischen Produktion und Verbrauch sowie das Staatsdefizit – beides um die zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts – zeigen, dass wir einen Rückgang erleiden müssen, bevor wir uns erholen können, von 89 Prozent auf 78 oder sogar 75 Prozent des EU-Durchschnitts. Dennoch sind wir noch weit von den ärmsten Partnern

entfernt und Lichtjahre von den wirklich Armen der Dritten Welt, die mit zehn Prozent des EU-Durchschnitts auskommen müssen. Das Gesagte steht allerdings unter dem Vorbehalt, dass wir den Bankrott und einen unkontrollierten sozialen und wirtschaftlichen Absturz abwenden. Dabei sind zwei wesentliche Parameter zu berücksichtigen:

Erstens: die Teilnahme an der Euro-Zone und die Gefahr der Verbreitung des griechischen Virus sowie die abrupte Änderung des Lebensniveaus mit ihren schwerwiegenden sozialen Folgen. Die Entwicklungen werden aber auch von den Auswirkungen beeinflusst, die eine griechische Pleite in Bezug auf die Unterstützung der Griechenlandhilfe durch die Bürger anderer EU-Länder haben kann. Die Verbindlichkeiten, die sich in den Händen privater Anleger befinden, sind nach der Intervention der Europäischen Zentralbank und der Gesetzgebung zum Vollzug des „Memorandums“ auf weniger als 200 Milliarden beschränkt. Und ein Teil davon sind Inlandsschulden. Ein großer Teil ist bereits durch den Kauf von absurd teuren Kreditversicherungen im Voraus ausgeglichen. Mitten in der mühsamen Erholung der Weltwirtschaft könnte die griechische Krise eine neue Abwärtsspirale im Westen auslösen. Daraus ergibt sich, dass die Verhandlungen in europäischen Bahnen und im guten Vertrauen fortgesetzt werden müssen, unter Beachtung des Vereinbarten und mit sachlichen und

wahrhaften Argumenten, gerichtet auf die Erzielung dauerhafter, fairer Kompromisse. Die Maßlosigkeit der griechischen Linken, die vom Syntagma-Platz aus die Weltrevolution auslösen will, stellt keine wirkliche Neuverhandlung dar, sondern eine Diffamierung des Landes, die einen seriösen Verhandlungsversuch erschwert. Gleichermaßen gilt aber auch für die Lösungsvorschläge der Oppositionspartei, die ein Haushaltsprogramm vorgestellt hat, das 15 bis 20 Milliarden mehr kosten soll.

Meine Damen und Herren, was ist meines Erachtens nicht verhandelbar? Wir wissen, dass das griechische Haushaltsdefizit nicht mehr hinnehmbar ist. Es muss auf Null sinken und einem Haushaltsüberschuss weichen.

Zweitens: Die europäischen Steuerzahler können uns kein Geld mehr geben, damit wir auf Kredit über unseren Produktionskapazitäten leben. Das kann weder die europäische Öffentlichkeit noch die Mehrheit der griechischen Bürger hinnehmen. Selbst wenn die Hälfte unserer Schulden erlassen wird oder uns Kredite zu niedrigen Zinssätzen für längere Zeit gewährt werden, lässt das die Frage des Staatsdefizits unberührt. Würde uns zum Beispiel die Hälfte der Schulden erlassen und Kredite zu einem Zinssatz von 3,5 Prozent gewährt (was unterhalb dessen liegt, wofür manche europäische Länder ihr Geld leihen), müssten wir trotzdem das Defizit um 20 Milliarden drücken, um die

Kreditzinsen zu bedienen; ganz abgesehen von den Einnahmeverlusten aufgrund der nachhaltigen Schrumpfung des Privatsektors. Damit ist klar, dass Maßnahmen mit einem unmittelbaren haushaltspolitischen Effekt ebenso unerlässlich sind wie ein mittelfristiges Reformprogramm.

Eine ganz andere Frage ist, ob die Regierung dabei nicht besser die Ausgaben eindämmen sollte, anstatt Steuern zu erhöhen? Und: Was lässt sich verhandeln, wenn wir oder während wir die Defizite eindämmen? Ich denke an ein wirksames, aus europäischen Ressourcen zusammengezusetztes Investitionspaket, das bereits zur Diskussion steht und eine günstige Regulierung der Schuldung in Verbindung mit niedrigen Kreditaufschlägen vorsieht. Den europäischen Liberalen zufolge sollte es 30 Milliarden umfassen. Wir – das heißt unsere Partei – haben den europäischen Liberalen ein solches Reformprogramm vorgelegt, das meines Erachtens auch überzeugt, weil es im Vergleich zum Reformprogramm der Regierung mutiger ist und mehr auf eine Eindämmung der Ausgaben statt auf Erhöhung der Steuern setzt. Die Regierung hat bis jetzt nichts erreicht, und die konservative Opposition hat ihren europäischen Partnern bis jetzt nichts vorgelegt.

Liebe Freunde, wir in Griechenland sind entschlossen, gestärkt aus dieser Krise wieder herauszukommen. Was wir heute in Griechenland mehr als alles andere

brauchen, ist Verständnis von unseren europäischen Partnern. Es handelt sich aber nicht nur um Solidarität. Wir profitieren alle davon: Ein starkes Griechenland, ein starker Süden, ist enorm wichtig für die deutsche Wirtschaft. Deutschland exportiert in den europäischen Süden mehr als nach China, Brasilien, Russland und Indien zusammen. Wir haben bis jetzt mit der deutschen Wirtschaft bestens zusammengearbeitet.

Ja, wir haben unsere Fehler gemacht. Es waren Fehler des politischen Systems, es waren wirtschaftliche Fehler und es waren auch europäische Fehler. Aber die Frage ist, was jetzt am Mittwoch von der Europäischen Union beschlossen wird. Wir können es uns in Griechenland nicht mehr leisten, alle zwei Monate oder alle zwei Tage eine andere Bewertung unserer Situation aus dem Fernseher zu erfahren, eine Einschätzung vom Finanzminister, eine andere von der Bundeskanzlerin, eine dritte vom Vizekanzler, eine vierte vom französischen Präsidenten usw., denn das heißt, dass jedes Mal nur die Märkte, die gegen die europäische Wirtschaft spekulieren, gewinnen. Und sie gewinnen, meine Damen und Herren, sie gewinnen ganz einfach deshalb, weil sie schneller sind. Da sitzt jemand am Computer, trifft eine Entscheidung und in zwei Sekunden weiß es die ganze Welt. Wir in Europa müssen dagegen sogar am Sonntag beschließen, dass am Mittwoch wieder ein zweiter Gipfel stattfindet, weil 17 und dann 27,

und dann die Bank, und dann, ich weiß nicht wer noch, zusammenkommen muss, um eine Entscheidung zu treffen.

Und jetzt, Professor Oberreuter hat es vorher bereits angesprochen, stellt sich wirklich die Frage: Sind wir eine Europäischen Union? Brauchen wir andere Institutionen? Haben wir die Möglichkeit für schnelle Entscheidungen? Wie weit ist Brüssel von unseren Völkern entfernt? Wie weit ist es angekommen, dass eine Vision zu einer bürokratischen Selbstverständlichkeit geworden ist?

Für meine Generation war Europa nicht selbstverständlich. Wir waren die erste Generation, die es erlebt hat, ohne Pass zu reisen. Wir können uns noch erinnern, was es zu bedeuten hatte, unterschiedliche Pässe zu haben und über die Grenze zu gehen. Meine Kinder kennen das nicht mehr. Für sie ist Europa selbstverständlich. Und für sie ist Europa heute noch etwas anderes: Brüssel, eine Sprache, die sie nicht verstehen, eine Bürokratie und etwas, das uns genau sagen will, wie wir unser Leben im Detail leben sollen. Was wir essen dürfen, was wir nicht essen dürfen. Wie wir uns benehmen und wie wir uns nicht benehmen sollen.

Meine Damen und Herren, Griechenland ist in einer schwierigen Situation, aber machen Sie sich nichts vor: Wir steuern lediglich 2,8 Prozent zum europäischen Totalprodukt bei. Es ist eine griechische

Krise für uns Griechen. Für uns ist es zurzeit enorm schwer. Mehr als 300.000 junge Leute haben ihre Arbeit verloren. Mehr als ein Drittel der griechischen Geschäfte wurden geschlossen. Wir erleben eine tiefe Rezession und der Privatsektor geht praktisch zugrunde. Darin besteht auch der große Unterschied unserer Partei zur Regierung, weil wir für einen kleineren, effektiven Staat plädieren. Wir müssen eine andere Politik machen. Wir können nicht ständig alles nur immer höher versteuern. Aber das ist eine interne Frage.

Am Mittwoch werden die Chefs der europäischen Länder über Europa und den Euro entscheiden. Sie müssen die Kraft besitzen, über den nationalen Interessen auch die kollektiven Interessen Europas zu sehen. Kurzfristig kann der Eindruck entstehen, dass diese nicht den nationalen Interessen entsprechen. Langfristig aber sind nationale Interessen für uns Europäer immer mit europäischen Interessen identisch. Es ist ein großer Unterschied, ob Sie als deutsche Bundeskanzlerin nach China gehen oder ob sie als deutsche Bundeskanzlerin ganz Europa in China repräsentieren. Obwohl unsere Völker zurzeit nicht ihre beste Phase haben, und obwohl unsere Medien sehr oft ihr Bestes tun, um unsere Völker auseinanderzubringen, müssen wir daran glauben, dass es für unsere Kinder und für unsere Enkelkinder ein Europa geben wird, das aus dieser Krise gelernt hat, das sich eine

andere Mentalität zugelegt und auch die richtigen Maßnahmen getroffen hat.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen heute hier danken. Ich weiß, es ist nicht leicht, aber glauben Sie mir, die Griechen sind kein faules Volk. Die Griechen sind Menschen, die unter Ihnen leben, die unter Ihnen gearbeitet haben, die den Respekt der Deutschen, der Amerikaner, der Australier gewonnen haben, weil eben die Umgebung sie dazu gebracht hat, gute Bürger zu sein. Bei uns in Griechenland war und ist das System schuld. Ein System, das den Griechen nicht erlaubt hat, ihre guten Eigenschaften hervorzu bringen und dieses System, glauben Sie mir, das ist jetzt gefallen. In Griechenland ist etwas Neues am Entstehen und ich glaube, es wird viel wirksamer und politisch viel gerechter sein als das, was wir jetzt hinter uns lassen. Danke schön.

## Auszüge aus der Diskussion

**Heinrich Oberreuter:** Liebe Frau Bakoyannis, vielen Dank. Wir haben einen Vortrag gehört, der die Herausforderung noch nicht bewältigt hat, der aber zugleich von Optimismus getragen war: „Wir werden gestärkt aus dieser Krise hervorgehen und wir werden unsere Lektionen gelernt haben!“ Wir haben aber auch einen Vortrag gehört, der nicht halt gemacht hat vor dem eigenen Schuldbekenntnis und vor dem Hinweis, wer sonst noch alles Mitschuld trägt. Ich habe das vorhin bereits angedeutet. Wir haben aber auch Hinweise bekommen, wo die Lösung liegen könnte, nämlich nicht im Abwürgen der Konjunktur durch allzu viel Steuererhöhung, sondern durch eine Belebung der Wirtschaft. Ich finde es wirklich bedrückend, wenn man jetzt durch Griechenland geht und überall geschlossene Geschäfte sieht. Das kann nicht die Problemlösung sein. Sie haben das ja vielfach schon erwähnt.

Meine Damen und Herren, das Wort liegt jetzt bei Ihnen. Sie haben die Chance, das Gehörte durch Fragen an Frau Bakoyannis noch zu vertiefen. Kritik verträgt sie übrigens auch, wie ich sie kenne.

**Publikumsfrage:** *Frau Bakoyannis, ich bin überrascht, wie sympathisch Sie das alles vorgetragen haben und es ist äußerst ungewöhnlich, dass einmal ein Politiker sich zu den eigenen Fehlern bekennt. Ich möchte aber doch etwas korrigieren. Sie haben von eigenen Fehlern gesprochen. Das waren aber keine Fehler, die gemacht wurden,*

*um in die EU bzw. in die Euro-Zone zu kommen. Das waren kriminelle Handlungen. Wenn Sie in das deutsche Strafgesetzbuch schauen, gibt es dort den Paragraphen 267: „Wer durch Vortäuschen falscher Tatsachen einen Vorteil erzielt, der wird mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft.“ Wenn mehrere sich zusammentun, dann wird es als „bandenmäßig“ bezeichnet, und das kann zum Beispiel eine Regierung sein, ein Kabinett. Dann können sie bis zu zehn Jahre Gefängnis bekommen. Ich möchte auch in Erinnerung rufen, dass der derzeitige Premierminister von Griechenland, Papandreou, die ganze Zeit stellvertretender Außenminister und dann Außenminister war, als der Zugang erstmal zur EU und dann zur Euro-Zone beschlossen wurde. Er wusste also selbstverständlich ganz genau Bescheid, wie hier betrogen und gefälscht wurde. Wenn er heute nach Berlin kommt, müsste er eigentlich am Flugzeug verhaftet werden – nach unseren Gesetzen. Aber haben Sie keine Sorge. Er wird von unserer Kanzlerin ja mit „Bussi, Bussi“ begrüßt. Letztes Jahr hat man ihm hier sogar einen Preis verliehen, und zwar den Quadriga-Preis, und die Laudatio hat Josef Ackermann gehalten. Siehe da! Und warum hat er ihn bekommen? Das Motto seiner Preisverleihung hieß: „Für die Kraft seiner Wahrhaftigkeit“ – haha!*

**Heinrich Oberreuter:** Den Quadriga-Preis hätte jüngst ja fast auch Putin gekriegt. Also, das will ich nicht überbewerten. Frau Bakoyannis?

**Dora Bakoyannis:** Also, ich muss Ihnen jetzt verschiedene Antworten geben. Ich hatte an dieser Regierung damals keinen Anteil, aber trotzdem: Es war kein krimineller Akt. Ich kann Ihnen ehrlich sagen: Es war ein Fehler. Warum? Weil das griechische System nicht fähig war, bestimmte Zahlen richtig darzustellen. Der wichtigste Punkt ist, lachen Sie jetzt nicht, meine Damen und Herren, es ist leider wahr und hat uns viel gekostet, und wir konnten deshalb bis noch vor zwei Jahren nicht sicher sein, wie groß unser Defizit war. Wir haben ehrlich zwölf Prozent, und die anderen haben ehrlich 15 Prozent gemeint. In Wirklichkeit war es ein Problem unserer Militärausgaben, und die Frage, ob man die Militärausgaben dazurechnet oder nicht. Und wie Sie wissen, unsere Militärausgaben sind riesig gewesen – riesig – und ehrlich gesagt: Deutschland hat davon profitiert.

**Publikumsfrage:** Ich möchte ergänzend dazu fragen, weil das jetzt doch etwas polemisch war. Ich denke, die Griechen sind ein sympathisches und auch ein arbeitswilliges Volk und sie sind in einer bedauernswerten Situation, weil das Volk selbst ja nichts dafür kann. Deswegen meine Frage: Welche Vorschläge könnten Sie jetzt ad hoc machen, um in diesem System eine Änderung herbeizuführen, die auch für das griechische Volk mittelfristig von Vorteil ist? Und zwar so, dass nicht nur jene auf dem oberen Level profitieren, während die anderen das Leid tragen müssen. Was würden Sie vorschlagen?

**Dora Bakoyannis:** Schauen Sie, als unsere Partei gebildet wurde, haben wir uns selber versprochen, dass wir vom Populismus weit entfernt sein wollen. Das heißt, ehrlich gesagt, ich kann den Griechen für die nächsten fünf Jahre nicht versprechen, dass es uns besser gehen wird. Wir werden die nächsten fünf Jahre sehr hart arbeiten müssen. Wir werden weniger Geld verdienen und wir werden unser ganzes Staatssystem reformieren müssen. Das ist die Wahrheit, und wir müssen jetzt damit anfangen. Wir können diesen riesigen Staatsapparat nicht mehr bezahlen; dieser Staat ist korrupt und ineffizient gewesen! Ja, beides. Er war nicht nur korrupt, er war auch höchst ineffizient. Wenn Sie in Griechenland investieren wollten, vor ein oder zwei Jahren, dann brauchten Sie mindestens sechs Monate, um ein paar Arbeitsplätze zu schaffen. Das geht nicht mehr! Das haben heute mehr oder weniger alle begriffen. Deshalb ist es für uns wichtig, dass wir in der Politik endlich zusammenarbeiten und den Griechen wenigstens die Hoffnung geben, dass es besser wird. Aber erst nach den angesprochenen Jahren. Was wir jetzt am meisten in Griechenland brauchen, sind Investitionen. Wir brauchen Arbeitsplätze, es kann nicht mehr nur um mehr und höhere Steuern gehen. In Griechenland haben heute 65.000 Menschen keine Elektrizität. Sie können die Stromrechnungen nicht bezahlen, weil eine Riesensteuer darauf lastet. Das geht nicht mehr! Man kann von uns Politikern mehr verlangen, aber

nichts mehr vom Volk. Und wir müssen verstehen: Wir brauchen Zeit, um die ganze Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.

**Publikumsfrage:** *Ich darf mich herzlich bei Ihnen bedanken für diesen menschlich und sachlich hervorragenden Vortrag. Ich denke gerne zurück an unsere Begegnung, als Sie Ihren Herrn Vater begleitet haben. Ich hatte ihn eingeladen zu einem Vortrag hier in München in der Gesellschaft für Auslandskunde. Meine Frage ist folgende: Wenn man die Bilder – die Fernsehbilder – aus dem heutigen Griechenland sieht, erschrickt man über die Entfremdung zwischen der Regierung und der Bevölkerung. Wenn diese Entfremdung nicht gemildert oder aufgehoben wird, ist das – glaube ich – ein soziales Problem, das den Wiederaufbau Griechenlands sehr stark hemmen wird. Frage: Was kann die Regierung tun, um diese Entfremdung für sich und für die Bevölkerung zumindest zu mildern?*

**Dora Bakoyannis:** Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich glaube, die Regierung hat sehr viele Fehler begangen. Ich sage das jetzt nicht als ein Oppositionsmitglied, sondern als jemand, der für das Sparprogramm gestimmt hat und aus seiner Partei geworfen wurde. Die Regierung hat enorme Fehler gemacht, weil sie nicht beim Staat zu sparen begonnen hat. Sie hat beim einfachen Bürger angefangen, und das war der große Fehler. Keine Privatisierung in zwei Jahren! Zum Beispiel un-

sere OTE, die Telefongesellschaft: Sie wurde ein Jahr zu spät verkauft. Ein Jahr vorher, also 2009, wäre das Paket 760 Millionen Euro wert gewesen. Ein Jahr danach hat es die Regierung für nur 340 Millionen verkauft.

Wenn Sie nicht privatisieren, wenn Sie nichts verkaufen, wenn Sie den Staatsapparat nicht verkleinern, nur weil dort – und das ist das große politische Problem Griechenlands – die Armeen der beiden großen Parteien so tief verwurzelt sind, dann werden Sie den notwendigen Wechsel nicht vollziehen können. Ein Minister der Regierung hat ganz offen gesagt: „Wir können doch nicht gegen uns selber vorgehen.“ Aber genau das muss man! Man muss an dieser Stelle gegen sich selber vorgehen.

Wer protestiert jetzt auf der Straße? Die meisten, die augenblicklich viel Krach machen, gehören nicht zu den Arbeitslosen des Privatsektors. Denn für diese Menschen macht sich in Griechenland fast niemand stark. Die, die jetzt auf die Straße gehen, sind hauptsächlich die Verteidiger des großen Staates. Zwar haben diese Menschen heute deutlich weniger Geld als früher, doch ihre Arbeit haben sie – anders als die 300.000 Arbeitslosen des Privatsektors – noch nicht verloren.

Was wäre die Antwort? Ich glaube, diese Regierung kann wohl höchstens noch einen Monat weiterregieren. Dann haben

wir zwei Möglichkeiten: Entweder es gelingt uns, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, was ich schon seit Mai fordere, denn dieses Programm kann keine Partei alleine leisten. Es ist noch nirgends gelungen. Ähnlich wie in Finnland oder in Schweden in den Neunzigerjahren, oder jetzt in Portugal oder in Irland, muss man auch in Griechenland verstehen, dass wir nicht parteipolitisch, sondern national denken müssen. National denken heißt: Wir setzen uns zusammen, wir denken nicht an uns, sondern geben den Griechen eine vernünftige Regierung. Falls das nicht möglich ist, weil sich die Chefs der beiden großen Parteien – die alte Freunde waren und zusammen studiert haben – anscheinend nicht zusammensetzen wollen, dann gibt es keine andere Möglichkeit: Wir müssen uns an das Volk wenden. Die Griechen müssen wählen! Ich weiß, Wahlen in solchen Krisensituationen sind immer ein großes Risiko. Aber ich glaube, das Resultat wird sein, dass diese Zusammenarbeit, die heute nicht stattfindet, von den Griechen diktiert werden wird. Das heißt: Sie werden wohl keiner Partei eine absolute Mehrheit geben, und so werden die Parteien eine Koalitionsregierung bilden müssen.

**Publikumsfrage:** *Frau Ministerin, ich habe zwei Fragen. Die erste lautet: Glauben Sie, dass die Europäische Zentralbank fortfahren wird, Anleihen der Schuldenländer zu kaufen und glauben Sie, dass der Deutsche Bundestag dies mittragen wird? Die*

*zweite Frage: Würde es Griechenland und den anderen verschuldeten Ländern nützen, wenn Deutschland aus der Euro-Zone austreten würde?*

**Dora Bakoyannis:** Ich glaube nicht, dass sich diese Frage stellt. Die Frage ist, nützt es Deutschland, wenn es aus der Euro-Zone austreten würde? Und meines Erachtens würde es Deutschland nicht nützen. Sie müssen geschichtlich ein wenig zurückdenken: Deutschland hat die Bedingungen des Euros mehr oder weniger so diktiert, wie es den deutschen Interessen entgegenkam. Die Wiedervereinigung Deutschlands wurde von den restlichen Europäern auch mitgetragen, wenn Sie sich erinnern. Die Frage ist nicht immer nur, was Deutschland gibt; denn Deutschland bekommt auch von diesem Europa, von dem, was alle zusammen beitragen, viel zurück.

Zur Frage, was am Mittwoch passieren wird? Ich glaube, Frau Merkel hat heute – wenn ich die Nachrichten richtig mitgehört habe – den Parteien einen Plan vorgestellt und ich glaube, es wird eine lange Diskussion im Bundestag geben. Der Plan entspricht nicht den Vorschlägen Frankreichs, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank bleibt gewahrt, und wenn ich es richtig sehe, dann wird es wohl eine Lösung für die ganze Euro-Zone geben. Ich muss mit Ihnen den Mittwoch abwarten, um zu sehen: Hat der Deutsche Bundestag zugestimmt? Ich bin ganz klar

Ihrer Meinung. Ich finde es enorm wichtig, dass der Bundestag mitentscheidet. Wir Griechen können davon lernen. Auf der anderen Seite müssen wir sehen, was der Rest der europäischen Partner sagt. Mittwoch ist ein enorm wichtiger Tag. Ich würde fast sagen, wenn das für einen Politiker nicht so banal klingen würde: Es ist ein Krisentag für Europa. Ich hoffe, dass wir am Mittwochabend ruhiger sind und nicht noch mehr beunruhigt.

**Publikumsfrage:** Ich habe eigentlich zwei Fragen. Die erste Frage betrifft die Mentalität. Sie haben gesagt, dass auch eine Mentalität der Korruption für die Verschuldung verantwortlich war. Wie wollen Sie eigentlich diese Mentalität – und zwar in kurzer Zeit – verändern? Die zweite Frage ist eine wirtschaftliche: Sie haben gesagt, dass wahrscheinlich 60 Prozent der Schulden erlassen werden...

**Dora Bakoyannis:** Das habe ich nicht gesagt!

*...oder zumindest 50 Prozent, das sind ja die Zahlen, die jetzt im Raum stehen.*

**Dora Bakoyannis:** Das sind die Zahlen, die in der Presse stehen!

*Die Sache ist nur die, selbst wenn 50 Prozent erlassen werden, heißt es ja immer noch, dass Griechenland wahrscheinlich innerhalb kürzester Zeit seine Schulden wieder aufstocken muss. Und jetzt käme*

*die EU mit dem Kohäsionsfonds ins Spiel. Sie haben ja vorgeschlagen, dass bis zu 30 Milliarden Euro in Griechenland investieren werden sollen. Meine zweite Frage ist: Wie wollen Sie sicherstellen, dass diese 30 Milliarden dann auch effektiv eingesetzt werden?*

**Dora Bakoyannis:** Drei Fragen. Mentalität: Schauen Sie, wir Griechen waren 400 Jahre unter osmanischer Herrschaft. Das hat diese Mentalität geprägt. Für die Griechen war der Staat immer etwas weit Entferntes. Man hat immer versucht, ihn nie völlig als seinen Staat zu akzeptieren. Das ist natürlich ein Riesenproblem in einer Demokratie. Aber daran müssen wir arbeiten. Eine sichere Methode, weniger Korruption zu haben, ist ein kleinerer Staat. Wenn Sie statt 30 Unterschriften für etwas nur noch eine brauchen, dann haben Sie 29 Korrupte weniger. Das funktioniert. Aber wir müssen schwer daran arbeiten, und es ist nichts, was sich von einem Tag auf den anderen ändert lässt.

Wirtschaftlich gesehen: Ihre Zahlen stimmen nicht ganz, aber für den hypothetischen Fall, dass wir einen Schuldenschnitt von 50 Prozent durchführen – was natürlich keine leichte Entscheidung und ein großes Problem für das Bankensystem ist –, müssen wir sehen, was das Bankensystem dann macht. Wie viele Milliarden braucht es, um zu funktionieren? Was Griechenland aber auf jeden Fall machen muss, ob nun Schuldenschnitt oder nicht:

Wir Griechen können nicht länger über unsere Maße leben. Wir können nicht für unser jährliches Budget Geld leihen. Das Jahr 2012 muss das letzte sein! Von da ab müssen wir mit unserem eigenen Geld auskommen, ob es viel ist oder wenig. Nur wenn wir einen Haushaltsüberschuss erwirtschaften, haben wir die Möglichkeit, wieder zur Normalität zurückzukehren. Aber Investitionen sind für uns im Moment natürlich das Wichtigste. Es handelt sich dabei allerdings nicht um europäische Fonds. Und es geht auch nur um Investitionen in den Privatsektor. Der Staat ist daran gar nicht beteiligt. Das ist nicht unwichtig, weil es die Garantie gegen ein negatives Länderrisiko ist, das sogenannte „Country Risk“. Bis heute sind die Investoren sehr unwillig, wenn es darum geht, in Griechenland zu investieren. Ihnen müssen wir die richtige Antwort geben.

**Publikumsfrage:** *Mein Herz schlägt für beide Länder, für Deutschland und für Griechenland. Aus diesem Grund bin ich auch jedes Jahr da. Jetzt würde ich gerne von Ihnen wissen, Frau Bakoyannis: Wie erklären Sie sich – ich bekomme es immer wieder mit –, dass in der Bevölkerung, zumindest in Thessaloniki, ziemliche Wut und Verärgerung über Bundeskanzlerin Merkel herrscht? Ich bekomme dort zu hören: Wenn du sie triffst – was ich natürlich nicht tue –, dann sag' ihr einen schönen Gruß, und frag' sie, warum sie so lange gebraucht hat, bis sie dem Finanzpaket zugesimmt hat. Können Sie mir vielleicht sa-*

*gen, wie es kommt, dass die Bevölkerung in Griechenland einen gewissen Hass auf die Kanzlerin pflegt?*

**Dora Bakoyannis:** Hass ist übertrieben. Aber wir sind ein mediterranes Volk. Ich habe in Deutschland studiert und habe ein sehr, sehr enges Verhältnis zu Deutschland. Aber ganz ehrlich gesagt, ich habe oft die Boulevard-Presse gelesen und bin in die Luft gesprungen. Ich meine, das war keine Presse, das war keine Information, das war reine Hetze gegen Griechen. Ich habe die BILD-Zeitung gelesen und geglaubt, ich lese nicht richtig. Das hilft dem Verständnis der Völker natürlich nicht! Oder diese Focus-Geschichte, mit Aphrodite von Milos auf dem Titel, in einer – also wirklich – lamentablen Erscheinung. Das hat nichts mit Frau Merkel zu tun. Ich glaube, Frau Merkel hat sehr oft sehr viel für Griechenland getan. Aber ganz ehrlich gesagt, sie hat es nicht schnell genug getan. Die Frage stellt sich: Wenn die Entscheidungen vom 21. Juli, die schon heute nichts mehr gelten, ein oder eineinhalb Jahre früher getroffen worden wären, wäre dann nicht möglicherweise ein großer Teil des Problems schon gelöst? Aber ich habe davon gesprochen, dass es immer sehr schwer ist, mit unseren Instanzen und unserer Art, Entschlüsse zu fassen.

**Publikumsfrage:** Zunächst einmal möchte ich anmerken, dass Griechenland kein armes Land ist, sondern ein sehr reiches an Kunstschatzen und durch das Vermögen

*seiner Multimilliardäre. Jetzt stellt sich natürlich die Frage: Wie bringt man die Multimilliardäre Griechenlands dazu, die Staatsschulden zu übernehmen, denn anders kann es ja wohl nicht gehen. Vom europäischen Steuerzahler kann man das nicht verlangen, denn wir – auch wir Deutsche – haben zu sparen; aber wir haben keinen Grund zur Häme gegenüber Griechenland. Bei allem, was dieses Land Europa angetan hat.*

*Jetzt habe ich eine sehr seltsame Idee, die ich aber bereits mit ein paar Museumsdirektoren besprochen habe. Diese haben gesagt, es wäre nicht schlecht, wenn die europäische kulturelle Identität nicht nur eine Fiktion wäre. Niemand will die Akropolis mit einer großen Hypothek belegen, die wäre ja nicht einlösbar, das ist absolut lächerlich, aber in den griechischen Museen, nicht nur in den Schausammlungen, liegen große Vermögenswerte in Form von alten Kunstwerken.*

*Diese Vermögenswerte ruhen – so wie bei uns und in anderen Kulturnationen auch – in den Magazinen. Das Publikum bekommt sie nie zu sehen. Somit tragen sie gegenwärtig auch nichts zur kulturellen Identität des griechischen Volkes bei. Es würde also nichts schaden, wenn diese Kunstschatze in Europa auf Reisen gingen und in den einzelnen Ländern in großen spektakulären Ausstellungen zu sehen wären. Ich weiß, die Versicherungssummen wären enorm und die Rückversicherer wären ent-*

*setzt. Es entstünden schreckliche Sicherheitsprobleme, das ist mir alles bekannt. Aber die Idee wäre, diese Schätze tran- chenweise nach Griechenland zurückzu- geben, sobald die Schulden abbezahlt wer- den. Lachen Sie nicht, die Idee ist noch nicht zu Ende: Wir hätten dann eine ge- wisse Sicherheit und die griechische kultu- relle Identität wäre nicht gefährdet. Der Tourismus auch nicht, denn diese Schätze kennen die Leute ja nicht.*

**Heinrich Oberreuter:** Es wäre hübsch, wenn die Idee zu Ende käme!

*Ganz kurz noch den einen Satz: Die griechischen Milliardäre wären dann gefor- dert, diese Schätze finanziell bei den ein- zelnen Staaten, beim Europäischen Währungsfonds, oder wo auch immer, ab- zulösen. Sie könnten sich dadurch als erst- klassige Patrioten erweisen und dürften die Schätze zu ihren Lebzeiten behalten. Nach ihrem Tod könnten sie sie weiterver- erben, dem Staat zur Verfügung stellen oder schlimmstenfalls dem internationa- len Kunstmarkt.*

**Heinrich Oberreuter:** Ich denke, dass hinter dieser Idee ein sehr merkwürdiges Rechtsverständnis steht. Und über die Realisierung müssten einige Fakultäten der Rechtswissenschaften befragt werden. Jetzt nehmen wir die nächste Wortmel- dung dazu, weil wir etwas unter Zeitdruck geraten.

**Publikumsfrage:** *Frau Ministerin, Sie und auch Herr Professor Oberreuter haben vor- hin betont, dass die Politik vor den Finanz- märkten handeln müsste. Aber, sind denn eigentlich nicht die Probleme Griechen- lands und der anderen europäischen Län- der durch die Finanzmärkte erst akut ge- worden. Würde sich denn in Griechenland etwas ändern, wenn nicht die Rating- Agenturen auf die vielen Probleme hinwei- sen würden?*

**Heinrich Oberreuter:** Ich glaube, dass es das Verständnis erträgt, wenn wir noch zwei, drei Wortmeldungen dazunehmen.

**Publikumsfrage:** *Kann man einen Ver- gleich ziehen von der Krise, die wir in Ar- gentinien hatten, zu der jetzigen Krise in Griechenland? Die Argentinier haben da- mals etwas gemacht, was die Welt – das Establishment der Welt – geschockt hat. Sie haben den IWF nach Hause geschickt, und gesagt, diese aufoktroyierten Spar- maßnahmen machen uns kaputt. Und sie- he da, kaum war der IWF zu Hause, hat Ar- gentinien ein enormes Wachstum erlebt. Heute steht Argentinien als ein wunder- schönes Land da. Gibt es ähnliche Überle- gungen parallel dazu in Griechenland?*

**Publikumsfrage:** *Frau Ministerin, zu den Ausführungen über den Beitritt Griechen- lands zur Euro-Zone möchte ich eine An- merkung machen. Die Situation Griechen- lands war im Wesentlichen bekannt. Mir ist geläufig, dass die Bundesbank in ihrer*

*Stellungnahme 1998 bei der Festlegung der Mitgliedsländer für die Euro-Zone eine Schuldenstandsquote von 109 Prozent für Griechenland angegeben hat. Innerhalb von drei Jahren konnte diese Schuldenstandsquote nicht unter die 60-Prozent-Marke gesenkt werden. Hier hat die Euro-Zone einen Fehler begangen, indem sie von der Einhaltung des Schuldenstandkriteriums abgesehen hat. Das Gleiche war schon bei der Aufnahme Italiens und Belgiens in die Euro-Zone passiert. Beide Länder hatten einen Schuldenstand von 120 Prozent, das heißt, das Doppelte von dem, was erlaubt war, und sie sind trotzdem in die Euro-Zone aufgenommen worden. Das nur als Vorbemerkung. Meine Frage: Sie sind sehr optimistisch hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung. Nur: Kann man eine so schnelle Umwandlung in Griechenland bewirken? Griechenland hat in den Jahren seit dem EG-Beitritt 1981 insgesamt 122 Milliarden Euro an Unterstützung erhalten – und das scheint verpufft zu sein. Wie kann man sicherstellen, dass jetzt – wenn man Gelder hergibt, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu fördern –, so etwas nicht noch einmal passiert? Und kann das wirklich innerhalb einer ganz kurzen Zeit geschehen?*

*Bei der Berücksichtigung des Verhaltens der deutschen Regierung möchte ich auf Folgendes hinweisen: Auch Deutschland hat einen sehr hohen Schuldenstand. Wenn wir jetzt für die Schulden südlicher Länder garantieren müssen, kommen wir*

*unter Umständen selbst in die Überschuldungsgefahr. Das ist ein Punkt, der bei den Lösungen, die jetzt zu treffen sind, berücksichtigt werden muss. Auch Griechenland kann kein Interesse daran haben, dass Deutschland in einen Zustand gerät, in dem es nicht mehr handlungsfähig ist. Die EU braucht starke Länder. Man darf nichts unternehmen, um sie in der geschilderten Weise zu schwächen. Das ist keine nationalistische Politik, sondern meines Erachtens eine Politik im Interesse Europas. Es muss ein gesunder Kern vorhanden sein, sonst geht die ganze Sache schief. Das sollte berücksichtigt werden. Vielen Dank.*

**Dora Bakoyannis:** Zu Ihrer ersten Frage. Ich glaube nicht, dass eine Rating-Agentur bei ihrer Bewertung innerhalb von zwei Monaten von AAA auf C kommen kann. Sie hat ihre Arbeit 2007, 2008 oder 2010 nicht gemacht, glaube ich. Ich bin keine Wirtschaftsprofessorin, aber ich verstehe nicht, wie schnell die Agenturen innerhalb von zwei Monaten gegen Griechenland gewettet haben. Sie wussten auch vorher, wie hoch die Schulden Griechenlands waren. Zwei Monate später war Portugal und dann Italien dran. Entschuldigen Sie, aber ich glaube, die Agenturen spekulieren, und hier muss die Politik antworten. Man kann diese Spekulationen nicht akzeptieren.

Zur Argentinien-Frage: In Argentinien war das nicht so einfach. Argentinien hat zehn Jahre lang enorm gelitten. Es war eine

sehr lange Zeit, und die Menschen haben fast mehr gelitten als durch die Programme, die ihnen der IWF abverlangt hat. Jetzt sind sie in einer Phase, wo ihr Bruttoinlandsprodukt wieder höher liegt. Ich hoffe, Griechenland wird nicht den selben Weg wie Argentinien gehen, denn das wäre für unser Volk wirklich eine wahnsinnige Misere.

Zur Überschuldung Deutschlands: Wir wollen nicht, dass sich Deutschland überschuldet. Das ist ganz klar. Es ist auch in unserem Interesse, ein starkes Deutschland zu haben. Aber zurzeit ist es wichtig, dass wir ein starkes Europa haben und von diesem starken Europa profitieren wir alle. So sehe ich es. Ich bin sicher, dass Ihr Parlament und Ihre Regierung die deutschen Interessen sehr gut verfolgen werden. Aber es gibt immer eine negative und eine positive Seite. Die Politik muss jetzt werten, was ihr wichtiger ist, und wovon wir alle mehr profitieren – Sie natürlich auch, aber auch das übrige Europa. Ich glaube, die Zeit der leichten Entscheidungen für Europa ist vorbei.

**Heinrich Oberreuter:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben immer ein gewisses Zeitlimit. Das haben wir schon leicht überschritten.

Ich stelle erstens fest, die Deutschen sind kein mediterranes Volk, aber die Kritik an der Bundeskanzlerin nimmt auch in Deutschland zu. Das hat etwas mit der

verwickelten Situation zu tun. Es ist ja nicht nur in Griechenland, sondern auch in Irland so gewesen, dass das Image der Deutschen im Zuge dieser Auseinandersetzungen sehr gelitten hat. Das ist ein Punkt, den Sie durch nicht-explizite Hinweise auf die Vergangenheit auch angesprochen haben. Sie sagten aber auch, die Deutschen erhalten vieles zurück. Das ist nicht nur wirtschaftlich zu verstehen. Das natürlich auch, aber ich will daran erinnern, dass die deutsche Identität nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Nationalsozialismus eine europäische Identität geworden ist, weil eine nationale Identität der Deutschen in dieser Gründungsphase der Republik nicht erträglich war. Wir haben davon im mentalen Bereich ungeheuer profitiert und wir sehen im Augenblick – was ich sehr bedaure und für inobjektiv halte –, dass das Eis, auf dem wir wandeln, durchaus noch immer einbruchgefährdet ist. Das ist auch als Vorwurf an einige europäische Völker zu verstehen. Dieses Land ist eine erprobte Demokratie, die zur internationalen und europäischen Solidarität fähig ist, dies vielfach unter Beweis gestellt hat, und es wahrscheinlich bei der Lösung dieser Krise wieder unter Beweis stellen wird. Sie wird es durchaus auch im eigenen Interesse tun, und nicht nur im Interesse einer idealistischen, europäischen, altruistischen Position.

Zweiter Punkt. Es ist durchaus interessant, und es sollte uns bewegen, dass es zwischen dem griechischen und dem deut-

schen Volk Spaltungstendenzen gibt – Sie haben es angesprochen –, die wir eigentlich aus der Geschichte so nicht gekannt haben. In diesem Kontext bleibe ich bei meiner Eingangsthese: Die Griechen sind es nicht alleine. Es gibt mittlerweile ein europäisches Problem, das sich in Griechenland nur in einer besonderen Weise ausgewachsen hat. Sie haben darauf hingewiesen, nur 2,8 Prozent der europäischen Wirtschaftskraft stehen hier in Rede.

Was ist denn mit den anderen Ländern – und was unternehmen sie? Schauen Sie sich bitte die Staatsverschuldungsdaten in allen europäischen Ländern an, und schauen Sie sich an, wie die internationale Finanzwelt mittlerweile spricht über Italien, Spanien und sogar über Frankreich, und wie wir davor zittern, dass die Rating-Agenturen in Frankreich auch nur ein bisschen korrigierend eingreifen. Wir alle stehen hier in dieser Krise nicht allein. Eigentlich wundert mich, dass angesichts des Geldwertstabilisierungsgesetzes, das den Deutschen aufgrund vielfältiger Erfahrungen implementiert ist – die Ostdeutschen waren die letzten, die die Erfahrungen gemacht haben, dass nicht alles 1:1 umgetauscht wurde –, dass also die Deutschen angesichts dieser Erfahrungen gegenwärtig immer noch so ruhig sind. Mich wundert aber auch, dass mich die Leute in den Fußgängerzonen – ich habe ja nun wirklich keine Ahnung – darauf ansprechen, wie sie denn ihr Geld retten

könnten. Ich muss Ihnen sagen, da ist einiges unterwegs an noch gezähmter Unruhe.

Dritter Punkt. Ich glaube, wir haben von Frau Bakoyannis gelernt, dass – wenn wir auf Griechenland zurückkommen – eines der schlüssigsten und wichtigsten Probleme die Herstellung eines funktionsfähigen Staates mit einer geordneten Verwaltung, insbesondere einer geordneten Steuerverwaltung ist, ohne die sich Griechenland nicht auf das angestrebte und wohl auch erforderliche Niveau wird bringen können. Wie ich heute gelesen habe, wird selbst unter günstigsten Voraussetzungen der Sanierungsprozess Griechenlands 15 bis 17 oder 18 Jahre dauern. Darauf müssen wir uns einstellen.

Ich bleibe aber dabei, dass es nicht Griechenland alleine ist. Und ich sehe, Frau Bakoyannis, dass Sie dafür werben müssen in Ihrem Land, dass in einer solch herausfordernden Situation politische Solidarität der wichtigste Orientierungspunkt ist. Eine eigentlich verantwortungslose Opposition ist nicht erträglich in einer solch schwerwiegenden Krise. Das zeigt natürlich auch, dass es Probleme der politischen Kultur und der politischen Verantwortungsfähigkeit gibt.

Wenn wir Ihnen unseren Dank mit auf den Weg geben, dann kann der vielleicht darin bestehen, dass wir Ihnen viel Glück wünschen bei solchen Versuchen, nicht

nur der materiellen, sondern auch der politisch-kulturellen Reparatur dieses Gemeinwesens. Wenn es Ihnen gelingt, dazu einen Beitrag zu leisten, dann verdienen Sie unsere ohnehin vorhandene Hochachtung ganz besonders.

Ich habe natürlich, meine Damen und Herren, am Ende dieser Veranstaltung zu danken. Zunächst Ihnen, Frau Bakoyannis, noch einmal, und dann natürlich Hans Böhm für die gemeinsame Gründungsinitiative und die freundlichen Bemerkungen dazu. Ich habe zu danken, dass die Präsidenten nach dir, lieber Hans, die Idee weitergeführt haben und, liebe Frau Stamm, weil Sie hier sind und weil Sie es mit stetig spürbarer Unterstützung in besonderer Weise getan haben, gilt dieser Dank natürlich ganz besonders Ihnen.

Ich danke für die Ankündigung der Weiterführung dieser Gespräche, die mit Sicherheit bei Ihnen und Frau Münch in guten Händen sein werden und ich danke zuletzt, aber nicht als letzten, den hilfreichen Händen in diesem Hause, nämlich Herrn Worm mit seiner Mannschaft für die allzeit problemlose Kooperation. Natürlich danke ich auch meinen Leuten in Tutzing. Der Beifall vorhin war ja relativ schüttter, aber wenn er sich verstärken lässt, würde ich mich durchaus breitschlagen lassen, auch mal ein Akademiege- spräch im Landtag selbst zu bestreiten.

Meine Damen und Herren, auch dafür herzlichen Dank! Und jetzt, in Geschäftsführung, mit Auftrag der Frau Präsidentin, darf ich Sie hinaus bitten zum Empfang der Landtagspräsidentin, und Ihnen noch einen schönen Abend und viele fruchtbare Gespräche wünschen. Danke!







